



POSITIONSPAPIER

Positionspapier der Bürgerinitiative Alt-Marl

Stand: 2. Februar 2019

Einleitung:

Überlegungen zur OU Alt-Marl gehen bis in die späten 1970'er Jahre zurück. Es handelte sich dabei aber weder um die im Bundesverkehrswegeplan 2030 enthaltene OU-Alt-Marl noch um die am 21.01.2019 in der Marler Zeitung publizierte Streckenführungs-Skizze, die auf die SPD Marl zurückgehen soll. Auch handelte es sich nicht um das am 15.11.2018 durch den Landesverkehrsminister Wüst (CDU) im Fachausschuss des Landtages vorgelegte Landesstraßenplanungsprogramm (Drucksache 17/1385). Darin findet sich mit zweiter Priorität ein Projekt „Bottrop-Marl, OU Marl (B225 – AS Auf Höwingsfeld). Die Mitglieder der Bürgerinitiative Alt-Marl sowie die Bürger in Alt-Marl und der betreffenden Gebiete Ried, Stübbenfeld, Marl-Polsum und Marl-Frentrop lehnen diese und jede andere OU ab. Der LWK-Verkehr muss wieder auf die BAB A43 und A52 zurückverlagert werden!

Die Chronologie der Geschehnisse im Zeitraffer:

Bereits in den 1970er Jahren bestand der Plan, von Lünen bis Dinslaken eine „Nordruhrgebiets-Autobahn“ zu bauen. Am **11.12.1992** wird im Landtag NRW im Rahmen einer mündlichen Fragestunde zum Landesstraßenbedarfsplan von dem damaligen Landesverkehrsminister Kniola die Aussage getroffen, die Straße sei nicht länger als Verbindungsstück zur A31 geplant; vielmehr solle der Anschluss von der B225 nach Osten bis hin zur L522 in den Landesstraßenbedarfsplan aufgenommen werden – die Idee einer „Ortsumgehung Marl“ war geboren. Die OU-Alt-Marl findet sich dann auch im Landesstraßenbedarfsplan 1993-1997 wieder. Jedoch fand die Ausführung bis heute nicht statt, obwohl diese bis heute immer fortgeschrieben wurde.

Am **09.07.2009** beschließt der Marler Rat der Stadt Marl eine Ortsumgehung von der Westerholter Str. bis zum Kreuzungspunkt der Hertener Str./B225.

Am **11.11.2011** beantragt die CDU-Fraktion Marl die Verlängerung der L552 gegen die OU Alt-Marl zu tauschen, da die Realisierung der Verlängerung der L522 aufgrund der Umweltverträglichkeit keine Chancen hätte.

Am **23.04.2016** äußert sich MdB Oliver Wittke (CDU) bei einem Ortsbesuch, dass der Spatenstich zur Ortsumgehung schon binnen drei Jahren erfolgen könne. Mit der OU Alt-Marl ist nun nur noch eine Verbindung von Westerholter Str. und Hertener Str. gemeint. Diese sei in den neuen Bundesverkehrswegeplan 2030 mit einem Haushaltsposten von 2,7 Millionen Euro aufgenommen worden.

In der Ratssitzung vom **12.05.2016** beschließt der Rat der Stadt Marl mit den Stimmen **aller Parteien** - nach Sammlung von etwa 900 Unterschriften durch die BI und dementsprechendem Druck der Bürger in Alt-Marl - „Die anskizzierte Ortsumgehung, die 40 Jahre lang Konsens war, wird so nicht mehr gewünscht.“, „Im Rahmen der rechtlichen Zulässigkeit werden Maßnahmen gewünscht, die unerwünschten LKW-Verkehr eindämmen.“ und „Verkehr wird nicht zu Lasten anderer Bereiche, wie der Hervester Straße oder der Schachtstraße, verlagert.“

Mit Beschluss aus **Juni 2016** soll ein Mobilitätskonzept hierzu erstellt werden, dieses lässt jedoch bis heute auf sich warten.

Noch im **August 2016** erklärt MdB Michael Groß in der Marler Zeitung das Projekt OU Alt-Marl für tot und im Rahmen einer Berichtsvorlage zur Verkehrssituation B225 Alt-Marl findet sich am **02.09.2016** folgende Stellungnahme: „Dazu ist zu bemerken, dass das BVM sicherlich keine Straßenbaumaßnahme gegen den hier zu erwartenden starken Bürger- und somit auch politischen Willen durchführen wird. Der städtische Wille wäre durch eine Beschlussvorlage über das Ministerium des Landes NRW dem Bund mitzuteilen.“

Trotz Ablehnung der Alt-Marler Bürger und des Ratsbeschlusses vom 12.05.2016 findet die OU Alt-Marl sich auch im neu beschlossenen Bundesverkehrswegeplan 2030 weiterhin wieder und wurde von der Bundesregierung **Ende 2016** verabschiedet.

In der Ratssitzung des Rates der Stadt Marl vom **02.05.2018** beantragt die CDU-Fraktion Marl einen Bericht der Verwaltung zum Sachstand Mobilitätskonzept vor dem Hintergrund der Belastung der Anwohner an der B225. Die SPD-Fraktion Marl beantragt daraufhin in einem Änderungsantrag eine Maut-Kontrollsäule und mit den Stimmen der SPD Ratsfraktion wird der Antrag der CDU abgelehnt.

15.11.2018 Landesverkehrsminister Wüst (CDU) legt im Fachausschuss des Landtages das Landesstraßenplanungsprogramm (Drucksache 17/1385) vor. Darin befindet sich mit zweiter Prioritätsstufe ein Projekt namens „Bottrop-Marl, OU Marl (B225 – AS Auf Höwingsfeld).“

13.01.2019 Landesverkehrsminister Wüst (CDU) lässt beim Neujahrsempfang der Marler CDU verlauten, dass sein Ministerium noch in diesem Jahr die Planungen für die OU Alt-Marl wieder aufnehmen wolle.

21.01.2019 Die Marler Zeitung veröffentlicht einen Artikel mit einer Streckenführungs-Skizze, die auf die SPD Marl zurückgehen soll. Die dort gezeigte Streckenführung hat aber weder etwas mit der im BVWP 2030 verabschiedeten Ortsumfahrung Alt-Marl, noch etwas mit allen anderen bisher von Bund und Land diskutierten Strecken zu tun.

Die Forderungen der Bürgerinitiative Alt-Marl:

1. Zurückverlagerung des LKW-Verkehrs auf BAB A52 und A43
2. Herabsetzung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit und Harmonisierung auf 50km/h von Kreuzung Schachtstraße bis hin zur Kreuzung Herzlia-Allee/Hertener Straße.
3. Nächtliche Sperrung (20:00 bis 06:00 Uhr) der B225 im Bereich Hoch- und Breite Straße für den LKW-Verkehr über 7.5t
4. Aufstellen eine Mautstation auf B225 im Bereich Hochstraße.
5. Aufstellen sogenannter Starrenkästen auf B225 im Bereich Breitestraße (Friedhof) und Dorstener Straße zur nachhaltigen Durchsetzung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit.
6. Nutzung der Haushaltsmittel in Höhe von 2,7 Millionen Euro zur Sanierung der B225 im Bereich Dorstener Straße – Hochstraße – Breite Straße mit Flüsterasphalt, begrüntem Mittelstreifen, Radwegen und einem Kreisverkehr an der heutigen Ampelkreuzung Hoch-/Polsumer Straße und Westerholter-/Dorstener Straße mit dem Ziel eines flüssigen Verkehrsflusses mit 50km/h und der Minderung der Lärmbelästigung der Anwohner.

Fazit:

„EINE“ OU-Alt-Marl im eigentlichen Sinn gibt es nicht. Es werden diverse Routen mehr oder minder konkret gegen den Willen der Bürger und gegen den noch immer gültigen Ratsbeschluss diskutiert. Warum verschiedene Politiker auf kommunaler- und Landesebene dieses Projekt am Leben erhalten, ist nicht zu erklären. Es liegt die Vermutung nahe, dass trotz sinkender allgemeiner Verkehrszahlen im betroffenen Bereich eine neue Bundesstraße gebaut werden soll, um im Nachgang neue Industriegebiete erschließen zu können. Dies wäre zu Lasten einer Vielzahl von Landwirten und Unternehmern, die durch Enteignung und Zerschneidung ihrer Ländereien ihrer Existenzgrundlage beraubt würden. Ebenso schwerwiegend ist die Tatsache, dass diese Maßnahme einen der letzten Grünstreifen in Marl/Herten und somit Landschafts- und Wasserschutzgebiete mit ihrer Artenvielfalt zerstören würde! Die Versiegelung weiterer Flächen trotz sinkender Verkehrszahlen gemäß der letzten Verkehrszählungen und des sich verändernden Verkehrs im Allgemeinen entbehrt jeder Logik.

Tausende Marler Bürger würden um ihr Naherholungsgebiet gebracht; darüber hinaus würde durch den weiteren Ausbau wahrscheinlich sogar mehr Schwerlastverkehr von BAB auf Bundesstraßen verlegt – zu Lasten der Bürger. Wir als BI Alt-Marl fordern die Parteien im Rat der Stadt Marl sowie in der Landesregierung auf, ihrem Schutzauftrag gegenüber den Bürgern in Marl gerecht zu werden und endlich zu handeln! Die Umsetzung der oben genannten Forderungen der Bürgerinitiative Alt-Marl adressiert die Bedürfnisse aller betroffenen Bürger und wäre zudem in einem überschaubaren Zeitraum realisierbar; darüber hinaus wäre dies sowohl ökologisch als auch ökonomisch mit Abstand die sinnvollste Vorgehensweise.